

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Auf einen Blick

Gesamtrevision des Gemeindegesetzes

Im Hinblick auf eine geplante Gesamtrevision unseres Gemeindegesetzes, hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 20. Dezember 1983 eine Arbeitsgruppe bestellt, die sich aus folgenden Personen zusammensetzt:

- Ressortsekretär Leonhardt Vogt, Vorsitz
 - Gemeindevorsteher Anton Hoop, Ruggell
 - Dr. Christine Kaufmann
 - Bürgermeister Arthur Konrad, Vaduz
 - Landesarchivar Dr. Alois Ospelt, Vaduz
 - Gemeindevorsteher Emanuel Vogt, Balzers
 - Universitätsprofessor Dr. Josef Kühne als Experte
- Der Arbeitsgruppe liegt als Grundlagenpapier eine Untersuchung von Univ. Prof. Dr. Josef Kühne vor über den rechtlichen Status des Bürgernutzens in den liechtensteinischen Gemeinden nach Gemeindegesetz und gemeindlichen Nutzungsstatuten zur Überprüfung von Notwendigkeit und Lösungen einer Neuregelung des Gemeindegesetzes.

Benzinpreis wieder runter

Einmal rauf, einmal runter: Nachdem letztmals die Benzinpreise am 8. November dieses Jahres zum zweiten Mal innert zehn Tagen um zwei Rappen je Liter aufschlugen, wird der Treibstoff kurz vor Weihnachten wieder zwei Rappen billiger. Die neuen Preise gelten von heute Donnerstag an. Sprecher der Mineralölgesellschaften begründeten gestern die Verringerung mit den tieferen Notierungen am freien Markt in Rotterdam. Die neuen Referenzpreise, die an den Tanksäulen zum Teil beträchtlich unterschritten werden, liegen nun bei 1,27 Franken für einen Liter Super und bei 1,23 Franken für Normalbenzin.

Starke Einbussen im Fremdenverkehr

Die liechtensteinische Fremdenverkehrswirtschaft war auch im August 1983 von einem weiteren spürbaren Rückgang gekennzeichnet. Wie der kürzlich veröffentlichten Fremdenverkehrsstatistik des Volkswirtschaftsamtes zu entnehmen ist, sind die grössten Einbussen bei den Ankünften und Logiernächten für die Gäste aus der BRD, der Schweiz und Frankreich zu notieren. Im Vergleich zum Parallelmonat des Vorjahres beträgt die Einbusse 1,3 Prozent bei den Ankünften und 12,8 Prozent bei den Logiernächten. Insgesamt kamen bei den gemeldeten Beherbergungsbetrieben 10913 Gäste an, die 18704 (Vorjahr 21441) Nächtigungen buchten. Als Gründe für den Rückgang des Fremdenverkehrs können in Betracht gezogen werden: die Arbeitslosigkeit (vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich), der hohe Frankenkurs und der Trend, den Urlaub im eigenen Heimatland zu verbringen.

Unterhaltung mit der JUNGEN FBP

Zwei schwungvolle Unterhaltungsveranstaltungen bereichern das Winter-Programm der JUNGEN FBP, die Nachwuchsorganisation der Fortschrittlichen Bürgerpartei: Am kommenden Montag sind alle Zwanzigjährigen in Liechtenstein zur regionalen Erstaufführung des Filmhit «Flashdance» eingeladen, und am Samstag, den 14. Januar 1984 geht im Eschner Gemeindesaal das traditionelle Jugendtreffen – diesmal unter dem Motto «Enorm in Form» – über die Bühne.

Zum Frauenstimmrecht auf Landesebene:

Gemeinden werden auch künftig getrennt entscheiden

FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erläuterte die Haltung der FBP in der Landtagssitzung vom 14. Dezember

Die für das kommende Jahr vorgesehene Einführung des Frauenstimmrechtes auf Landesebene bedeutet nicht, dass damit das Frauenstimm- und Wahlrecht automatisch auch in jenen Gemeinden eingeführt wird, welche sich bisher noch nicht dazu geäußert haben. Die Gemeinden werden auch in Zukunft unabhängig vom Land über die Einführung des Frauenstimmrechtes in ihrem Bereich entscheiden.

Wie FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann am vergangenen Montag vor dem Landesausschuss der Partei in Muren präzisierte, folgte die Mehrheit des Parlamentes damit einem Antrag aus der FBP-Fraktion.

Denn die Regierungsvorlage war in ihrer ursprünglichen Fassung des notwendigen

Verfassungsgesetzes davon ausgegangen, dass durch diese Änderung das «Stimm- und Wahlrecht sowohl auf Landes- wie auch auf Gemeindeebene ohne unterschiedliche Verfahren eingeführt werden» soll. Dem hielt die FBP-Fraktion entgegen, dass die jüngsten Abstimmungsergebnisse in den Gemeinden (Planken, Schellenberg und Ruggell) gezeigt hätten, dass man sich in den Gemeinden positiv und erfolgreich bemühe, die politische Gleichberechtigung der Frauen zu verwirklichen. Josef Biedermann plädierte im Landtag namens der FBP-Fraktion dafür, den Gemeinden diese Kompetenz auch in Zukunft zu belassen. Josef Biedermann gab sich auch im Hinblick auf die im Januar stattfindende Frauenstimmrechtsabstimmung in Eschen optimistisch.

Keine Kommission für das Verfassungsgesetz

Bekanntlich stellte die FBP-Fraktion anlässlich der Behandlung der Regierungsvorlagen im Landtag den Antrag, das Verfassungsgesetz, über dessen Grundsatz man sich ja schon seit eh und je einig ist, in drei Lesungen durchzubereiten und sofort zu verabschieden. Das Inkrafttreten sollte auf 1. Juli 1984 beschlossen werden. Bis dahin, so hoffte man in der FBP-Fraktion, könnte sich eine Landtagskommission mit den noch offenen Fragen in den begleitenden Gesetzen (Karenzfrist für einheiratende Ausländerinnen und Formen der erleichterten Einbürgerung für dieselben) befassen und diese bereinigen.

Die VU-Fraktion konnte sich mit einer sofortigen Verabschiedung des Verfassungsgesetzes nicht befrenden. Sie sprach sich für die Durchführung nur einer ersten Lesung in der Landtagssitzung vom 14. Dezember aus. Hingegen folgte die VU der FBP-Argumentation insofern, als sich die dann gewählte Landtagskommission nur mehr mit den Rahmengesetzen zu befassen hat. Das Verfassungsgesetz selbst ist nicht mehr Gegenstand der Landtagskommission.

VOLKSBLATT-Kommentar: Kein Automatismus

Das Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene

Die Regierungsvorlage für das Verfassungsgesetz zur Einführung des Frauenstimmrechtes in Landesangelegenheiten ging ursprünglich davon aus, dass mit der Inkraftsetzung dieser Bestimmung das Frauenstimmrecht automatisch auch auf Gemeindeebene gelte. Offensichtlich liess sich die Regierung dabei von dem an sich logischen Gedanken leiten, dass ein politisches Grundrecht, das auf Landesebene gilt, konsequenterweise auch im Gemeindebereich anwendbar sein müsse. Der Landtag hat nun bei der Behandlung des Verfassungsgesetzes am 14. Dezember (auf Antrag der FBP-Fraktion) anders entschieden. Das Land und die Gemeinden werden in Sachen Frauenstimmrecht weiterhin als getrennte, politische Gebilde behandelt. Diese Entscheidung findet sicherlich die mehrheitliche Zustimmung der Bürger unseres Landes. Und zwar aus naheliegenden Gründen: erstens hätten sich bei der ursprünglichen Fassung die Gemeinden Vaduz, Gamprin, Planken, Schellenberg und Ruggell fragen müssen, welchen Sinn es überhaupt gehabt habe, in ihrer politischen Gemeinschaft (erfolgreich) für das Frauenstimmrecht zu kämpfen und, zweitens, hätten sich die Gemeinden, die das Frauenstimmrecht bis jetzt ablehnten (Schaan) oder demnächst darüber abstimmen wollen (Eschen) sagen können, dass ihre Entscheidungen nun ohnehin belanglos seien, nachdem das Frauenstimmrecht nun sozusagen von oben herab diktiert werden.

W. B. WOHLWEND

Für ein Drogenkonzept auf Zeit

Von Landtagsvizepräsident Armin Meier (FBP)

Die Regierung legt uns mit dem Budget ihren in Aussicht gestellten Bericht zum Drogenproblem vor. Ich habe mir anlässlich der letzten Landtagssitzung im Rahmen einer kleinen Anfrage erlaubt, den diesbezüglichen Sorgen der Bevölkerung Nachdruck zu verleihen mit dem Hinweis, dass eine verstärkte Schutz- und Hilfestellung der Regierung ebenfalls mit Kosten verbunden sein könnte, die es im Budget zu berücksichtigen gilt.

Es ist mir ganz klar, dass die Drogenanfälligkeit, also die Neigung es mit Drogen zu versuchen und die Gefahr, daran hängen zu bleiben, wesentlich verstärkt und provoziert wird durch verschiedene Auswirkungen unserer heutigen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Gegebenheiten. Dies lässt sich von heute auf morgen nicht ändern. Es kann lange Zeit brauchen, bis wir uns aus dem Teufelskreis einer Fehl- und Mangel-erziehung durch bessere Rücksicht

auf die kindlichen Bedürfnisse herausmanövriert haben. Im Hinblick auf die erhöhte Anfälligkeit kann die Konsequenz doch nicht anders heissen, als dass man den Zugang, den Zugriff zu den krankmachenden Drogen erschweren muss. Das heisst mit anderen Worten, dass es ganz rigoros den illegalen Drogenhandel in unserem Lande zu bekämpfen gilt und dass aber auch im Umgang mit

Die FBP Triesenberg nimmt Stellung

Entgegnung auf Äusserungen im «Liechtensteiner Vaterland». Im Zusammenhang mit einem offenen Meinungsstreit, der zwischen den Ortsgruppen der Vaterländischen Union (VU) und der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) in Triesenberg ausgetragen wird, nimmt die FBP Triesenberg in dieser Ausgabe (Seite 5) zu neuesten Angriffen der VU Stellung.

legalen Drogen wesentlich mehr Einsicht, Vorsicht, Verantwortungsbewusstsein und Schutz geboten sein muss.

Viele in der Bevölkerung erwarten im Hinblick auf die drohenden Gefahren und bereits schon entstandenen Nöte Hilfe und Unterstützung. Ich bin deshalb sehr froh und dankbar darüber, dass im vorliegenden Regierungsbericht unmissverständlich ausgesagt wird, dass Verbesserungen im Bereich der Vorbeugung – und der Schutzmassnahmen sollte man noch anfügen – angestrebt werden müssen. Diese werden sowohl auf pädagogisch-sozialarbeiterischer als auch polizeilicher Ebene gesehen.

Und da möchte ich noch kurz einhängen:

Ohne die Verdienste der von der Regierung eingesetzten fachkompetenten Arbeitsgruppe irgendwie schmälern zu wollen, muss ich feststellen, dass diese Leute sich nur unter vielem anderen auch noch mit dem Drogenproblem befassen können.

(Fortsetzung auf Seite 2)

1. Abfahrtsieg für Liechtenstein!

Hanni Wenzel triumphierte gestern in Haus (Oe)



28 Weltcup Siege standen bis gestern schon auf dem Konto der Hanni Wenzel, aber noch kein Abfahrtsieg. Nun ist die Erfolgssammlung der 27jährigen Olympiasiegerin und Weltmeisterin aus Planken komplett! Nicht nur für Hanni, sondern überhaupt für Liechtenstein war es gestern der erste Triumph in der sogenannten «Königsdisziplin». Unser Siegerbild aus Haus im Ennstal zeigt die strahlende Siegerin Hanni Wenzel zusammen mit Irene Eppler (2.) und Maria Walliser (3.). Näheres über diesen grossartigen Erfolg der Liechtensteinerin erfahren Sie im Sportteil.

Eine geschätzte Richterpersönlichkeit

Verabschiedung von Obergerichtspräsident Dr. Hans Steiner durch Landesfürst und Regierung



Bekanntlich ist der seit 1. Juli 1975 amtierende Präsident des Fürstlichen Obergerichtes altershalber zurückgetreten. Aus diesem Anlass fand gestern Mittwoch die Verabschiedung durch Seine Durchlaucht den Landesfürsten und die Regierung statt. Dem scheidenden Obergerichtspräsidenten wurde für die wertvolle Tätigkeit im Dienste der liechtensteinischen Justiz Dank und Anerkennung ausgesprochen. Herr Dr. Steiner war eine allseits geschätzte Richterpersönlichkeit. Er verstand es, sein Wissen und seine Erfahrungen der liechtensteinischen Rechtsprechung zugute kommen zu lassen. Unsere Aufnahme zeigt von links S. D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein, Frau Steiner, Dr. Hans Steiner und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt gestern abend auf Schloss Vaduz. (Foto: eddy)